

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verantwortlicher Hr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Verantwortlicher Hr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 55 Pfg. — Postkontingentsliste Nr. 40692, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Belegblätter nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Dienstag, den 1. November 1904.

11. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Waffenstillstand.

Wie bereits am Sonnabend berichtet, wird der wahnwitzige Streich der Mörderflotte in der Dänie auf diplomatischem Wege erledigt werden. Es handelt sich allerdings nicht, wie man anfangs annahm, um ein internationales Schiedsgericht, sondern nur um eine Untersuchungskommission. Die Urteilsfällung wird, nach einer Rede Balfours, seitens Russlands erfolgen. Der englische Premierminister erklärte, daß Rußland angeordnet habe, daß die verantwortlichen Offiziere sowie diejenigen, die Zeugen der Vorgänge gewesen seien, nicht nach Ostasien gehen würden. Alle schuldig befundenen Personen würden verurteilt und „angemessen“ bestraft werden. — Was heißt nun aber angemessen?

Wenn auch die Beilegung des Konfliktes auf diese Weise unsere Billigung nicht findet, so scheidet doch vorteilhaft ab von dem Verhalten Deutschlands. Ein deutscher Fischdampfer ist von der Mörderflotte beschossen worden. Die deutsche Regierung aber ist noch nicht im Besitze einer authentischen Darstellung des Vorfalls. Zur Sache selbst hat sie sich noch nicht geäußert. Man hat auch noch nichts von der Einleitung irgend welcher diplomatischer Maßnahmen gegen Rußland gehört. Die deutsche Regierung hat damit bewiesen, daß sie zu Gunsten Russlands nicht nur offene Neutralitätsbrüche begeht, sondern sogar stillschweigend die Schandtaten der russischen Mörderflotte gutheißt.

Daß die deutschen Spiescheldaten gegenüber Rußland leidet auch in England schon Nachahmung gefunden haben, beweist folgender Passus aus der Rede Balfours: „Der Kaiser von Rußland habe sich seines Gracians als erleuchteter Beurteiler dessen erwiesen, was in der Angelegenheit zweier Nationen recht sei. England habe nichts verlangt, was es nicht selbst an Rußlands Stelle gern bewilligt haben würde. Es habe kein Verlangen gezeigt, das, was man Rußlands Verlegenheit nennen könne, auszusprechen, um seine Forderungen zu erzwingen. England habe vielmehr einfach an die Prinzipien appelliert, durch welche die guten Beziehungen der Nationen geleitet werden müßten, und es habe nicht vergeblich appelliert. Daß keine Verzögerung in den diplomatischen Verhandlungen oder etwas schlimmeres eingetreten ist, sei, wie er hofft, zum Teil der Gerechtigkeit und Mäßigung der englischen Forderungen, zum Teil aber auch der Weisheit des Kaisers von Rußland zuzuschreiben.“ Der englische Ministerpräsident will anscheinend dem schönen Jitaten-Bericht Konkurrenz machen.

Nachdem die Sache nunmehr voraussichtlich auf gütlichem Wege ihre Erledigung finden wird, ist die Mobilmachung des englischen Geschwaders in Gibraltar hinausgeschoben worden.

Dennoch scheint man weder in England noch in Rußland dem Frieden noch immer nicht zu trauen, und man trifft deshalb für alle Fälle seine Vorbereitungen. Das Reiterische Bureau verbreitet folgendes Telegramm: Trotz der verbesserten politischen Lage macht sich im Vande und in allen Kriegshäfen eine gesteigerte Tätigkeit bemerkbar; es wird eine große Anzahl von Linien-Schiffen und Kreuzern der Reserve fertiggestellt. Die Admiralität scheint eine Flottenumgebung im Kanal zu beabsichtigen. 110 Torpedoboote sind der Heimalflotte attackiert. Portsmouth und Plymouth werden in Verteidigungszustand gesetzt. — Auch in Petersburg wird, wie der dortige Korrespondent des Pariser „Petit Journal“ telegraphiert, noch immer mit der Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen gerechnet, und es heißt, es sei Befehl gegeben worden, die Grenze von Afghanistan härter mit Truppen zu bewachen. Es wird in militärischen Kreisen hinzugefügt, daß im Falle eines Krieges Rußland nur in Indien vorgehen würde. 200 000 Russen überwachen die Grenze von Afghanistan, und diese Anzahl ist seit Ausbruch des Krieges mit Japan noch um keinen verringert worden. Der endgültige Bericht des Admirals Roschdjewnikoff ist nach Petersburg unterwegs und wird von einem Spezialkurier überbracht. Derselbe wird mit der größten Ungeduld erwartet.

Der Teil der russischen Flotte, der an der Untersuchung nicht beteiligt ist, ist nach Tanger abgedampft.

Die Beerdigung der drei getöteten Fischer in Hull gestaltete sich zu einer großen Trauer-Demonstration, an welcher der Bürgermeister und die Stadtverwaltung offiziell teilnahmen. Die Schiffe im Hafen hatten Halbmast gesetzt. Alle Fenster waren verhängt. Zehntausende von Menschen füllten die Straßen.

Ueber die Beschließung des Deutschen Fischdampfers „Sonntag“ durch das russische Geschwader berichtet der Schiffsführer, Kapitän Otto Hänel, das Folgende: Wir befanden uns am Freitag den 21. d. M., auf 25° N. und 6° 40' O. im Kurse des russischen Geschwaders in der Nähe von Hornsriff Fischgründen. Vormittags passierten uns 5 große Schiffe und im Laufe des Nachmittags 4 Torpedoboote und 9 große Schiffe, davon die letzten 5 um 7 Uhr in langsamer Fahrt, zula 8 Seemeilen nördlich. Nördlich von uns sichtet wir einen großen Frachtdampfer, welcher bei Dunkelwerden mehr nach dem Geschwader zusteuerte. Auf den russischen Schiffen brannten außer den Positionslatern noch drei große elektrische Lichter mittschiffs. Bis 7 Uhr feuerten wir N. und wendeten nach S.W. Um 8 Uhr 30 Min. wurden wir plötzlich durch Scheinwerfer rechts voraus scharf beleuchtet und gleich darauf fielen auch schon die ersten Granaten, wovon eine höchstens zehn Meter seitlich von uns aufschlug. Wir drehten nach N.W., um aus dem Feuer zu kommen, doch das russische Schiff feuerte nicht nur nach uns, sondern, nach dem Aufblitzen der Kanonen zu schließen, nach allen Seiten. Es wurden bis 80 Schüsse in der Minute abgefeuert. Nach dem Aufschlagen und dem Summen der Geschosse mußten es Schnellader von 88 bis 15 Zentim. sein. Der große Frachtdampfer kam gegen 9½ Uhr, N. steuernd, in unsere Nähe und lenkte das Feuer auf sich. Beim Lichte der Scheinwerfer konnten wir das Aufschlagen der Granaten dicht bei diesem Dampfer beobachten. Plötzlich sahen wir südlich einen zweiten Scheinwerfer und nicht weit von dem uns beschließenden Schiffe, welches ungefähr vier Seemeilen entfernt war, Granaten aufschlagen, welche mehrere Faden hohe Wasserfäulen erzeugten. Wir feuerten schon einige Zeit N.W. und hielten so den uns beschließenden Russen achttaus. Ich feuerte er fast nur noch südlich, jedoch ein österes Brummen und Einschlagen der Granaten zeugte davon, daß er uns nicht vergessen hatte. Ein längeres Verweilen des Scheinwerfers auf unserem Schiffsrumpfe und unserer Takelage hatte ihm wohl gezeigt, daß wir ihm ungefährlich waren. Wir blieben unbebädigt. Bis 11 Uhr war dunkle, klare Nacht, dann trat feiner Regen ein. Nach 11 Uhr kamen keine Granaten mehr. Um 2 Uhr morgens sahen wir den Scheinwerfer zuletzt im Süden. Ein anderes Kriegsschiff beschloß anscheinend das auf uns feuernde Schiff. — Dieser letztere Vorfall findet anscheinend seine Bestätigung durch folgende Depesche aus Kopenhagen: Der Schoner „Guyana“ aus Liverpool, der Donnerstag in Aalborg eintraf, berichtet, er habe am Freitag die russische Ostsee-Flotte in der Nähe des Hornsriff an der Westküste Sibiriens gesehen. Eine Stunde später habe er einen großen sinkenden Dampfer, der die Notlage geäußert hatte, bemerkt. Als der Schoner dorthin kam, war der Dampfer bereits gesunken. Wahrscheinlich ist das jenseitige Dampfer, den die Ostsee-Flotte kurz vor dem Konflikt mit den englischen Fischern in den Grund geschossen hat. Um welchen gesunkenen Dampfer es sich hier handelt, geht aus den heute vorliegenden Meldungen nicht hervor.

Der Kapitän des deutschen Dampfers „Talbot“ erklärt, Donnerstagmittag unweit dem Kap Saint Vincent zwei russischen Kreuzern begegnet zu sein, welche Havarie erlitten hatten. Der Kapitän des „Talbot“ fragte an, ob die Kreuzer Hilfe notwendig hätten. Diese Frage wurde jedoch verneint.

Das russische Geschwader scheint noch eine Schandtat begangen zu haben. Aus Kiel wird nämlich gemeldet, Admiral Roschdjewnikoff ließ auf der Fahrt durch den Großen Belt zwei scharfe Schüsse auf einen nordwärts gehenden, unbekannt gebliebenen Dampfer abfeuern. Der Dampfer, der nicht getroffen wurde, entkam.

England und Japan.

Wichtige Nachrichten liegen auch heute vom Kriegsschauplatz nicht vor. Der Korrespondent der „Virshewja Wjedomosti“ telegraphiert aus Mukden vom 26. Okt.: Ich habe Nachrichten über die Abtheilung des Generals Kossagowsky erhalten, der auf dem äußersten rechten Flügel operiert. Die Abtheilung rückte am 4. Oktober bei der allgemeinen Vorwärtsbewegung vor. Im Gebiet von Angangore leisteten ihr Chunchusen Widerstand. Zu Beginn der großen Kämpfe am Schaho war das Detachement weit nach Süden vorgeückt und mandorizierte somit im Rücken der japanischen Armee. Gegenwärtig ist nicht bekannt, wo die Abtheilung Kossagowsky sich befindet. — Danach erscheint es als sehr wahrscheinlich, daß die gesammte Abtheilung des Generals Kossagowsky abgeschnitten worden und in die Gefangenschaft der Japaner geraten ist.

Nach einer Reutermeldung nahmen die Japaner Donnerstag den einzigen Hügel südlich des Schaho, den die Russen noch besetzt hielten und erbeuteten zwei Maschinengeschütze. Die Japaner hatten 20 Tote und 80 Verwundete; die Russen 30 Tote.

Ein Telegramm aus dem Hauptquartier Kurotsis meldet, daß die Japaner am 27. d. M. nach heftigem Kampfe Waithaoschau genommen haben. Der Angriff begann um 8 Uhr morgens und endete um 4 Uhr nachmittags. Die Japaner erbeuteten zwei Maschinengeschütze. Die Verluste der Russen werden auf 200, die der Japaner auf 170 Mann geschätzt. Die Russen, welche Waithaoschau seit dem 14. d. Mts. mit acht Kompagnien besetzt und Verteidigungswerke anzulegen begonnen hatten, zogen sich über den Schaho zurück.

Aus Port Arthur liegt eine Nachricht vor, die wir aber sehr stark anzweifeln. Sie lautet: In einem Privatschreiben aus Port Arthur vom 21. Oktober an einen europäischen Kaufmann heißt es, Stössel telegraphierte an den Kaiser und Hof: „Ich sage Ihnen allen nun Adieu auf immer. Port Arthur wird mein Grab.“ Der Brief beschreibt sodann die Zustände als die schlimmsten. Ferner wird berichtet, daß ein russischer Dampfer von 2 Granaten getroffen und gesunken sei.

Nach verschiedenen Meldungen beabsichtigt der Zar, eine neue Flotte schaffen zu lassen. Der Kostenaufwand soll 810 Millionen betragen. Bevor nicht nähere amtliche Mitteilungen vorliegen, bezweifeln wir auch diese, mit allerlei Kombinationen von deutscher Hilfe verknüpfte Nachricht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine neue preussische Schandtat. Kaum ist die Nachricht von dem völlerrechtswidrigen Verhalten Preußens in dem Grenzstädtchen Sollub ins Land gegangen, da kommt schon wieder eine Meldung, die beweist, daß Preußen sich vollständig als Hausknecht Russlands fühlt. Das Bestreben, dem Reutenreiche, vor dem alle gestitteten und human denkenden Menschen einen Abscheu empfinden, zu dienen, scheint in Preußen bereits einen derartigen Umfang angenommen zu haben, daß man in Betätigung desselben weder vor Gewalttaten, noch vor offenstehenden Neutralitätsbrüchen zurückschreckt. Die neueste Schandtat, die wir heute zu melden haben, übertrifft alles bisher dagewesene.

In dem preussischen Grenzort Eydtsfuhren ist, wie die „Ostdeutschen Grenzboten“ zu berichten wissen, ein russischer Arzt um 3 Uhr von zwei Polizisten aus dem Bett geholt und über die russische Grenze geschleppt worden. Es handelt sich um einen gewissen Dr. Junowich, der seit langen Jahren als praktischer Arzt in Wirballen tätig ist. Dr. Junowich hatte Befehl erhalten, nach dem Kriegsschauplatz abzugehen, hatte jedoch eine Krankmeldung einen Diebstahl zu erwirken gewünscht. Seine pöbliche Anhebung in Eydtsfuhren wird auf eine Deunziation zurückgeführt.

Man würde ein derartiges Vorgehen für kaum glaublich halten, wenn nicht bekannt wäre, daß in Preußen auf diesem Gebiete alles möglich ist. Preussische Polizisten bringen hier also Nichts in ein Haus ein, holen einen unschuldigen Mann aus dem Bette und schleppen ihn an die russische Grenze. Und warum das alles? Weil der bedauernswerte Mann das Unglück hat, ein Russe zu sein. Die Hornesbröte steigt jedem rechtlich denkenden Menschen ins Gesicht ob einer solchen Gewalttat, die doch wohl auf höheren Befehl erfolgt sein muß.

Zweifelloos bietet sich demnächst im Reichstage Gelegenheit auch dieses unerhörte Vorkommnis — vorausgesetzt natürlich, daß die Schilderung des Vorfalles nicht von beruener Seite, als nicht den Tatsachen entsprechend dargestellt werden kann — zur Sprache zu bringen und einmal die Frage aufzurollen, ob denn preussische Polizei heute schon russische Polizei ist und ob Preußen ungerügt direkte Neutralitätsbrüche begehen kann.

Er starb an „gebrochenem Herzen“. Anlässlich einer in konservativen Kreisen in Dresden abgehaltenen Trauerfeier für den verstorbenen Sachsenkönig sprach der Landrichter Freiherr D'Byrn also: „Die Regierung des dahingegangenen Königs sei eine traurige Episode der vaterländischen Geschichte, traurig durch die namenlosen Leiden des edlen Kranken, traurig durch das läugerische und zersetzende Treiben einer gewissenlosen Presse, traurig durch die Frechheit, mit der die ungläubigen und ungläubigsten Elemente des Volkes ungefragt ihre Stimmen erheben durften. Und wie habe König Georg den Leuten gedankt, die ihn immer wieder von neuem angriffen: durch unerschütterliche Liebe, durch stetes Sorgen, durch eiserne Pflichten, selbst unter den schwierigsten Verhältnissen. Er habe Böses mit Gutem vergolten. Und wenn dann der königliche Dolcher schließlich an gebrochenem Herzen hingegangen sei, so

trügen die Schuld nicht nur die Hezer und Wähler, sondern auch die, von denen der König erwarten durfte, daß sie offen seine Partei ergreifen und ihn gegen die ungerechten Angriffe schützen würden. Wo seien denn die Männer gewesen, die durch Stellung oder Geburt in erster Linie dazu berufen waren, dem Throne und dem Könige ihre ganze Kraft zu leihen? Warum hätten sie geschwiegen? Gätten sie des heimgegangenen Königs Eigenart und Wesen nicht verstanden? Oder habe sie der erbärmliche aller Menschenfehler beherrschend, die Menschenfurcht? — Wir haben bisher immer angenommen, daß nur verflozene oder verlassene Liebende an gebrochenem Herzen sterben könnten; die vorstehenden Ausführungen aber belehren uns eines andern. Treue Monarchisten sind es hier also gewesen, welche den Tod ihres Königs verschuldet haben und damit vor aller Welt als indirekte Fürstenmörder gebrandmarkt worden sind. Aeneas Monarchisten!

Eine Konzession an den Bund der Landwirte? In den „Berliner Pol. Nachrichten“ wird offiziös verkündet:

„Es wird der Versuch unternommen werden, unter finanzieller Mitwirkung des Staates die nötigen provinziellen Einrichtungen zu treffen, um den Bauern unter billigen Bedingungen die Abstoßung der sie am schwersten belastenden Schulden zu ermöglichen, und es dürfte voraussichtlich schon der nächstjährige Etat die Gelegenheit bieten, sich mit dieser Frage im Landtage zu befassen.“

Ehe wir uns zu diesem Plan äußern, wollen wir erst nähere Details abwarten. Immerhin aber glauben wir, heute schon der Vermutung Ausdruck geben zu können, daß man hier dem Bund der Landwirte Konzessionen machen will. Diese Ansicht findet ihre Bestätigung in folgendem Freundesgeheul des Berliner Agrarierblattes:

„Wie wir in der Morgennummer meldeten, will die preussische Regierung an die Lösung der großen Aufgabe herantreten, unter finanzieller Mitwirkung des Staates die nötigen provinziellen Einrichtungen zu schaffen, um den Bauern unter billigen Bedingungen die Abstoßung der sie am schwersten belastenden Schulden zu ermöglichen. Es soll voraussichtlich schon der Staatshaushaltetat des nächsten Jahres Gelegenheit bieten, sich mit dieser Frage im Landtage zu befassen. Wenn wir auch zunächst einigermaßen skeptisch abwarten müssen, was bei dem Versuch der Staatsregierung herausspringen wird, so begreifen wir ihn doch mit besonderer Befriedigung, nicht nur an sich aus selbstverständlichen Gründen, sondern auch weil wir befürchten, in dem geplanten Vorgehen einen Erfolg der unermüdlichen Anstaltungs- und Mahnarbeit des Bundes der Landwirte zu sehen. Von Anfang an hat der Bund der Landwirte durch besondere Konferenzen und durch seine Presse auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer beschleunigten Lösung der Entscheidungsfrage gerade für den bayerischen Bezirk hingewiesen. Er hat immer und immer wieder betont, daß die Abwehr der unbilligen ausländischen Konkurrenz durch den Zoll nicht genüge, sondern daß der Bauer von dem übermächtigen Druck der auf dem Grund und Boden ruhenden Lasten einigermaßen befreit sein müsse. Er hat aber nicht nur nachgedacht, sondern auch aufklärend gewirkt. Er ist bemüht gewesen, die aufstrebenden Bedenken zu beseitigen und gangbare Wege zu weisen. Sollte die preussische Regierung einen gangbaren Weg finden, so würde sie berechtigten Anspruch auf Anerkennung und Dank erheben können. Der Bund der Landwirte kann aber mit gutem Grunde für sich in Anspruch nehmen, wenn auch nicht allein, so doch am entschiedensten und am frühesten die Notwendigkeit solcher Maßnahmen dargelegt und ihre Durchföhrung gefordert zu haben.“

Die preussische Regierung kommt sich immer mehr in den Diensten des Agrarismus.

Von der künftigen „Bachung“ in Deutschland liegen jetzt folgende Einzelheiten vor: Die Stadt Dirschau hatte von dem erwerbenden Festungslabor der Regierung etwa 40 Ar zur Verfügung gestellt worden. Dieses Grundstück 5,60 Mk. pro Quadratmeter, während die Stadt der Ansicht ist, daß das Gelände zu demselben Preis, der für das übrige Festungslabor festgesetzt ist, in den Besitz der Stadt überzugehen ist. Die Stadtverordneten meinten nun, die erhöhte Kaufsumme zu zahlen und nun hat bevor die Verhandlungen beendet sind, die Militärbehörde wieder Befehl von dem Gelände erlassen; der frühere Platz wurde durch das Kommando auf Anordnung der Kommandantur abgemessen und eingemessen, wobei unter Aufsicht eines militärischen Offiziers in Dirschau mit Gewalt gehandelt. Infolgedessen wird der Gemeinderat beschloß zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um über weitere Schritte bezüglich dieser ungesetzlichen militärischen Maßnahme zu beraten. — Es wird immer schlimmer!

Wer glaubt's? Über besagte Verhandlungen mit den Aufständischen in Südwestafrika wegen Beilegung des Aufstandes erzählt das „Berl. Tagebl.“ aus zuverlässiger Quelle folgendes: Die Ägypter in Südwestafrika soll ihnen liegen auf dem Weg der Verhandlungen nicht möglich werden. Von deutscher Seite soll die Kasellierung der Kämpfer, Führer der Aufstände zur Beilegung für die Friedenshandlung gemacht werden. Ein Erfolg dieser Verhandlungen steht in hoher Aussicht. Unter diesen Umständen gehen nur noch die übrigen noch nichtigen und Ersatztruppen nach der Kolonie ab. Alle größeren Kasellierungen unterbleiben. — Wir können nicht beständig zu hören, daß wir eine friedliche Beilegung des Aufstandes in Südwestafrika herbeiführen werden. Sondern aber müssen wir hier mit dem Dichter sagen: Die Bestenheit hier ist gar, alle mit sich der Glorie!

„Schwarze“ Lehrer. Die börsennotierte Provinzial-Versammlung des Verbandes katholischer Lehrer, die kürzlich in Gmundung tagte, wurde folgende Ergebnissliste telegraphisch: In den Kultusminister: Die Provinzial-Versammlung katholischer Lehrer beschloß, dem Kultusminister als Zeichen tiefer Ergebenheit und treuester Gehorsams zu

furchtsvollen Gruß und blütel, die der positiv-christlichen Schule bewiesene Schuld auch ferner gnädig zu bewahren.“ An den Oberpräsidenten Delbrück telegraphierte man: „Ew. Excellenz sendet die Provinzial-Versammlung ehrsüchtigen Gruß mit dem Versprechen, die uns anvertraute Jugend in echtem deutschen Geiste auch fernerhin unentwegt erziehen zu wollen.“ Aehnliche Telegramme erhielten die Regierungspräsidenten v. Jarocki und v. Jäger. — In einem wirklich freien Lande würde man diesen Hundeseelen einen derben Fußtritt verzeihen. In Preußen-Deutschland aber kann man solche Speichellecker gebrauchen!

Unser Erbfeind. In der auswärtigen Wochenrundschau der „Kreuzzeitung“ schreibt Professor Schiemann: „Als ein höchst erfreuliches Ereignis notieren wir die Tatsache, daß der russische Militärbevollmächtigte Oberst Schebetow der Person Kaiser Wilhelms und dementsprechend unser Militärbevollmächtigt Major Graf Lamadorff der Person Kaiser Nikolaus II. attachiert worden ist. Die fremdbliche Neutralität, die Deutschland unter Aufrechterhaltung aller durch das Völkerrecht gesetzten Schranken während des Krieges im fernem Osten behauptet hat, findet damit einen natürlichen Ausdruck, der wohl zeigt, daß die seit den Tagen Alexander III. aufgetretene Spannung endgültig beseitigt ist. Auch die öffentliche Meinung Russlands hat die Tatsache mit Befriedigung aufgenommen, wie sich denn nicht verkennen läßt, daß in dieser Hinsicht ein Umschwung eingetreten ist.“ Es gibt noch andere Symptome der in vollstem Maße wiedererwachten Russenfreundlichkeit unserer maßgebenden Kreise. Man denke an den Königsberger Prozeß! Bei dem „fremdschäftlichen Einvernehmen“ zwischen der Reaktion in Berlin und in Petersburg ist für das deutsche Volk noch nie etwas Gutes herausgekommen. Unser „Erbfeind“ war immer noch unser Erbfeind.

Der verlagte Handelsminister. Der Vorstand des ehemaligen Technikums Lüchow hat den langen Wöller verlagte, weil dieser die zwangswise Schließung der wegen Mangels an Mitteln nicht mehr lebensfähigen Anstalt anordnete hatte. In diesem Prozeß ist Termin auf den 4. November anberaumt.

Knoten-Dertel soll als Durchfallskandidat im 2. med. lenburgischen Wahlkreise fungieren, also plant die konservative Parteileitung in Schwerin. Sie hat sich dieserhalb bereits mit dem „Mann mit der weißen Weste“ in Verbindung gesetzt. Wenn diesem nicht auch die Trauben zu hoch hängen, so dürfte er also demnächst Kandidat werden. Unseren Gesetzen im 2. Kreise wird dieser Kandidat sehr willkommen sein; bieten seine Worte und seine Taten an sich ihnen doch schon einen derartig reichen Agitationsstoff, daß sie gar keines anderen bedürfen.

Umgekehrte Weltordnung. In der amtlichen Propaganda für die offizielle Verdummungsanstalt, die Kreisblätter, werden die ungläublichsten Stillschickungen geübt. Wir teilen mit, daß ein Landrat versucht hat, die Lehrer zur Mitarbeit an seinem Kreisblatt zu zwingen. Jetzt weiß die „Germania“ von einer merkwürdigen Geschichte aus dem Kreise Ralmedy zu berichten. Dort hat man zunächst versucht, die Gemeinden zum Abonnement des Kreisblattes für die Lehrer zu veranlassen. Nachdem das mißglückt ist, sind die Disziplinäre angewiesen worden, den Lehrern die Nummern des Kreisblattes zuzustellen, in denen für sie wichtige Verfügungen stehen. Allerdings hat der Kreisinspektoren des Kreises Ralmedy im Kreisblatt eine Bekanntmachung über den Mißbrauch der sogenannten Hütchen abgedruckt, in der auf eine Verfügung der königlichen Regierung hingewiesen ist und an deren Schluß es heißt: „Die Herrn Lehrer wollen die Herrn Ortschulinspektoren auf diese wichtige Verfügung der königlichen Regierung aufmerksam machen.“ Die Ortschulinspektoren sind die Vorgesetzten der Lehrer. Die Lehrer werden also durch das Kreisblatt veranlaßt, ihren eigenen Vorgesetzten auf eine die Schulaufsicht angehende Verfügung aufmerksam zu machen. Bisher hat man es so gehalten, daß Vorgesetzte ihre Untergebenen auf amtliche Erlasse aufmerksam machen, und nicht umgekehrt. Im Kreise Ralmedy aber führt man neue Grundsätze ein, damit nur ja das Kreisblatt — welches die Ortschulinspektoren meist wohl nicht lesen — genügend ins Licht gesetzt werde.

Keine Kassinnigigkeiten. Wir berichteten am Sonntag von einem Gegenatz zwischen Wilhelm II. und dem Kolonial-Oberkommanden. Offiziös wird nun hierzu gemeldet: „Von einem hier und da in der Presse behaupteten Gegenatz zwischen der allerhöchsten Stelle und dem Oberkommanden ist keine Rede; vielmehr herrscht in allen beteiligten Kreisen bezüglich der zu treffenden Maßnahmen volle Uebereinstimmung.“ — Dann geht ja nichts verkehrt!

Vom Idealismus. Als in der Rüdchenhandels-Versammlung in München der Vorschlag gemacht wurde, bei Gründung eines Vereins möglichst niedrige Jahresbeiträge oder Monatsbeiträge festzusetzen, erwiderte der Vorsitzende Sekretär Reichstagsabgeordneter v. Dirlsen und der Sekretär Major Wagner einigen Widerspruch. Durch mehrere Beiträge kamen Elemente in den Verein, die man nicht in ihn wünschte, schon jetzt stellt man die Beisitzungen nicht an entgegengelegten Punkten Deutschlands, damit nicht aus solchen Elementen sich eine unheilvolle Doppelzelle bilde. Daher konnte man den Vorschlag nur ablehnen. Hingegen, wenn ein Verein statt der Kassinnigkeiten, so ja es leichter, reiche Leute zu veranlassen, wie es in Paris Rothschild getan habe, 10—20000 Mark herzugeben (als die Rüdchen also handeln), jetzt stellen Rest, die auch nur einer Tausendmarktschein spendeten. Ueber letztere Tatsache war speziell Herr von Dirlsen sehr betruert. Das ist interessant, denn Herr v. Dirlsen selbst ist einer der reichsten Männer Preussens, eine Wahl gegen Austria wird angestrichen wegen der großen Summen, die auf „Beauftragung“ der Wähler verwendet wurden. Sollte also Herr von Dirlsen, jener Mann v. Dirlsen, wie er immer angedeutet wurde, wirklich so lange so hoch stehen, bis er den Mann mit dem Tausendmarktschein findet? Bei der Wahl brauchte er nicht lange zu suchen!

Keine politische Nachrichten. Der Autor der „Erfolgreichen Menschen“, Graf Banditsin, der wegen der in diesem Roman enthaltenen Beleidigungen der deutschen Kaiserin jüngst zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war, hat gegen das Urteil Revision an-

gemeldet. — Der verantwortliche Herausgeber des Jungtürkenblattes „Osmanli“, Dr. Abdullah Diervet Bey, wurde durch Befestigung des Bundesrates aus dem Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft ausgewiesen. — Entlassene aus Mazedonien zurückgekehrte Truppen schlossen in Makti (Wilajet Smyrna) den Kommandanten und die Offiziere in die Kasernen ein und erklärten, dieselben nicht früher frei zu lassen, als bis sie den rückständigen Sold ausgezahlt erhalten hätten. Es wurde sofort ein Befehl an die zuständigen Kasernen zur Fortsetzung des nötigen Geldes erlassen. Netze Zustände! — Der englische Dampfer „Herkules“ ist von Larache in Tanger angekommen; der Kapitän meldet, daß die benachbarten Stämme die Stadt belagern, und daß sogar auf dem Dampfer Schüsse abgegeben worden sind. Er kommt ohne Ladung und bringt einen Brief des dortigen englischen Bischofs an den englischen Geschäftsträger, der den Brief an den englischen Kreuzer „Diana“ schickte, vermutlich mit der Aufforderung, nach Larache zu gehen, und dort die englischen Interessen wahrzunehmen.

Oesterreich-Ungarn.

Der niederösterreichische Landtag nahm nach zehnründiger Debatte das reaktionäre Schulgesetz mit allen gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, der Volkspartei, der Großgrundbesitzer und des Sozialisten Beisatz an. Am Schluß brachen die Christlichsozialen in Hochrufe auf den Referenten Gschmann aus. — Der „Stieg“ der Christlichsozialen ist ein — Pyrrhussieg!

Eine Friedensdemonstration. Die Rostocker Partei beschloß in ihrer Kasseenz, durch Franz Kossuth den Ministerpräsidenten in einer dringenden Interpellation aufzufordern, im Wege des Ministers des Aeußeren eine diplomatische Aktion einzuleiten, damit dem blutigen Norden in Ostasien ein Ende bereitet werde.

Frankreich.

Ein Kammersturm gegen den Kriegsminister. In der französischen Kammer interpellierte der Nationalist Rouffet bei dichtbesetztem Hause und unter lebhafter Bewegung über die Verhältnisse an den Kriegsschulen von St. Cyr und St. Maizent. Er beschuldigte den Kriegsminister, daß er die pflichtvergessenen Offiziere zum Nachteil der patriotisch gesinnten Offiziere bevorzuge, und sprach insbesondere von dem früheren Kommandanten von St. Maizent, der Angeberien unter den Schülern organisiert und in der Schule gegen das hier gerichtete Zusammenkünfte gestattet hatte und der dann zum militärischen Kommandanten des Palais Bourbon ernannt wurde. Redner schloß mit einem Protest gegen das System der gegen die Offiziere gerichteten Angeberien. Kriegsminister Andre erwiderte, daß die angeführten Tatsachen unwichtig oder veraltet wiedergegeben seien; er stellte dieselben unter dem Beifall der Linken richtig und wies die Anschuldigung zurück, daß er der Beförderung von Offizieren wegen ihrer religiösen Ansichten hinderlich gewesen sei. Der Kriegsminister schloß, indem er betonte, daß die einzigen Prinzipien, welche er in der Armee zu verbreiten sucht, seien: Unterwerfung unter das Gesetz, Achtung vor der Republik und Gehorsam gegen die Regierung. (Beifall.) Wille-neuve (Nationalist) führte aus, die Zerrüttung des Heeres müsse General Andre und den Freimaurerlogen zugeschrieben werden; diese stellten die Zeugnisse aus, wovon dann die Beförderung der Offiziere abhängen und hierfür sei eine Abteilung im Kriegsministerium eingerichtet. Redner verlas die Briefe von Hauptmann Mollin, der mit diesem Dienst beauftragt war. Kriegsminister Andre erklärte, er habe keine Kenntnis von diesen Briefen und verlangte nähere Mitteilung hierüber. (Lebhafte Bewegung.) Wille-neuve setzte seine Rede fort und führte Namen von Offizieren an, welche der Lage Grandorient Berichte über die Offiziere lieferten. Nach längerer Beratung wurde die vom Kriegsminister Andre gebilligte Tagesordnung mit 294 gegen 263 Stimmen angenommen. Der Kriegsminister hat also den Sturm überstanden. — Das Zustandekommen der sehr knappen Majorität hat die Regierung dem Eingreifen des Genossen Faures zu verdanken, der als Retter des Kabinetts auftrat. Eine Zeitlang schien das Schicksal des Ministeriums besiegelt, und seine Gegner auf der Rechten und im Zentrum triumphten bereits. Da rief Faures der verzagenden Linken zu, indem er mit seiner gewaltigen Stimme den tobenden Lärm überdünnte, der den Saal erfüllte: „Denken Sie an jene tragischen Tage, in denen Vorkrieger inmitten der Armee einen Staatsstreich vorbereiteten. Ein Wind des Wahnsinns und der Feigheit wehte in jenen Tagen über die republikanischen Parteien hin, und die Republik glitt in den Abgrund.“ Er erinnerte die Kammer, wie sie einst an die gefälschten Dokumente Henrys geglaubt habe, und rief aus: „Gute will man nun, daß die Kammer auf Dokumente hin eine Entscheidung treffe, deren Originale sie nicht gesehen, und die durch Verrat ausgeleitet oder gestohlen sind.“ Er erwähnte das nationallistische Attentat von Autenil, die fünfjährige Arbeit der Republikaner, um die Republik wieder zu festigen; dann sagte er zur Linken: „Jetzt will man, daß sie wieder in das Chaos hinabgleite. Sie wissen wohl, was nach einem feindlichen Votum sich morgen geben wird. Man will nicht nur tadelnswerten Polizeigewohnheiten ein Ende setzen, sondern auch der Wahnsinnlichkeit der republikanischen Regierung.“ Stürmischer Beifall und Ovationen der Linken umtosten Faures, als er nach diesen Worten die Bühne verließ. Sein Eingreifen war für den Kriegsminister höchst nötig gewesen. Nach der Kammer Sitzung wurde mitgeteilt, daß der Kriegsminister Andre angefertigt der geringen Mehrheit, womit die Tagesordnung angenommen wurde, seine Demission einzureichen beabsichtigte. Der Abgeordnete für Marseille Berthelet, der Berichterstatter für das Budget war, soll als Nachfolger anzuersuchen sein. Während der Beratung der Tagesordnung hatten sich die Minister zu einer Sitzung zusammengefunden und beschlossen, sich mit Andre solidarisch zu erklären. Kurz vor Bekanntwerden der Abstimmung hatte sich das Gerücht verbreitet, diese werde eine Mehrheit von 6 Stimmen für das Kabinett ergeben. Andre verwarf sofort sein Demissionsgesuch, um es der Kammer zu stellen. Mehrere Mitglieder der Kammermajorität beschloßen, in diesem Falle der Kammer ein Vertrauensvotum zuzugehen zu lassen. Durch das Resultat der Abstimmung waren aber

bethe Absichten zwecklos. Die Kammerführung dauerte bis 10 Uhr.
Im Prozeß Dautrich wurde Freitag zunächst Oberst Koltsch verurteilt. Er erklärte, er übernehme die volle Verantwortung für die seinen Untergebenen veranordneten Sammlungen, und versicherte, daß 25 000 Franks übergeben worden seien. Nach der Vernehmung Koltsch wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Hauptmann Torge, der vom Kriegsminister mit der ersten Untersuchung betraut war, gab eine Darstellung des Verlaufes dieser Untersuchung.

Wagen und Wagenbesitzer.

Montag, den 31. Oktober 1904
 Wie weit erstreckt sich die Gehorsamspflicht von Seeleuten gegenüber den dienstlichen Anordnungen ihrer Vorgesetzten? Diese alle Schiffsfahrtsreise interessierende Frage hat kürzlich das Danziger Oberlandesgericht in Hamburg entschieden. Es handelt sich darum, daß die Mannschaft eines Hamburger Dampfers geweigert hatte, am Sonntag das Schiff zu löschen. Es geschah diese Weigerung unter Berufung auf § 33 der Seemannsordnung, der lautet: „An Sonn- und Festtagen dürfen, so lange das Schiff im Hafen oder auf der Rheide liegt, Arbeiten, einschließlich des Wachdienstes, nur geordert werden, soweit sie unumgänglich oder unaufschieblich oder durch den Personoverkehr bedingt sind.“ Auf Anzeige des Kapitäns wurden die Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt; die von den Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Oberlandesgericht mit folgender Begründung verworfen: Die Seemannsordnung lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Absicht des Gesetzes ist, im Interesse der im Schiffsdienste unentbehrlichen Disziplin eine unbedingte Gehorsamspflicht der Schiffsleute gegenüber dienstlichen Anordnungen ihrer Vorgesetzten zu begründen. Mit dieser sowohl im § 34 wie im § 38 der S.-O. durch die Hinzufügung des Wortes „unweigerlich“ noch besonders kenntlich gemachten Absicht des Gesetzgebers würde es unvereinbar sein, wenn es dem Schiffsmann gestattet sein sollte, die dienstlichen Befehle seiner Vorgesetzten vor deren Befolgung auf die materiellen Voraussetzungen ihrer Angemessenheit nachzuprüfen. Eine solche Auffassung finde auch keineswegs in dem Wortlaute des Gesetzes, insbesondere nicht, wie die Angeklagten annehmen, schon in der Existenz des § 33 S.-O. eine Stütze. Dieser Paragraph erkläre sich zur Genüge aus der Aufgabe des Gesetzes, neben den Pflichten der Schiffsmannschaft auch diejenigen des Kapitäns festzusetzen. Soweit solche Festsetzung durch den § 937 der S.-O. erfolge, sei das Interesse der Schiffsmannschaft an der Befolgung dieser Vorschriften durch die Strafkraft des § 114 Nr. 6 besonders und unbeschadet davon nicht berührt. Gehorsamspflicht unter Gehorsam gestellt. Die Rechtsauffassung der Vorinstanz, welche eine Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen der Unzulänglichkeit oder Unaufschieblichkeit für die Anordnungen des Kapitäns im vorliegenden Falle vorhanden gewesen sind, als unerheblich ablehnt, sei daher als rechtsirrtümlich nicht zu erachten. — Nach dieser Auslegung sind ja die Seeleute, nach militärischer Art, vollständig der Willkür ihrer Vorgesetzten ausgeliefert, ohne

daß der sie angeblich schützende Gesetzesparagraph ihnen etwas nützt. Eine Aenderung der Seemannsordnung nach der Richtung hin, daß der § 33 präzise gefaßt wird, ist unbedingt im Interesse der Seeleute notwendig.
Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftsstellens ist am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag abends von 8-9 Uhr zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinshaus anwesend.
Zu Mitgliedern der Kaufmannschaft sind die Herren B. K. M. F. Sellchopp, A. G. H. Herken und J. L. F. Schwabach ernannt worden.

In den Ruhestand versetzt hat der Senat zum 1. November den Gerichtsdienerrath aus dessen Ansuchen.
Dem hiesigen Geschichtsverein hat ein hiesiger Kaufmann die Summe von 3000 Mk. zur Verfügung gestellt mit der Bestimmung, daß diese Summe als Preis für ein über die Geschichte der deutschen Schifffahrt zu verfassendes Werk ausgesetzt wird.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Am Dienstag den 1. November 1904 geht in neuer Einstudierung in der Münchner Einrichtung „Don Juan“ in dieser Saison zum ersten Mal in Szene. Die Titelrolle singt Herr Josef Schukner. Ferner sind beschäftigt die Damen Garden — Donna Anna, Daniela — Donna Elvira und van Roden als Zerlina, sowie die Herren Krühoffer, Weishe, Kepp und Scholz als Leporello, Don Giovanni, Masetto und Comtur. Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß das zweite und letzte Gastspiel von Frau Ottilie Metzger-Froliche im Freitag den 4. November 1904 stattfindet. Frau Ottilie Metzger singt auf vielseitiges Verlangen die Ariadne in Troubadour. Vorbereitungen werden schon jetzt an der Theaterkasse entgegengenommen.

pb. Feuer. Heute Morgen gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehrr nach der Holstenstraße gerufen, woselbst in der Mäckererei des Schlächtermeisters Scheere Sägepläne in Brand geraten waren. Das Feuer wurde durch die herbeigerufenen Schlächtereigenen gelöscht. Der entstandene Schaden ist nur gering.

Schwartau. Eisenbahnunfall. Infolge falscher Weichenstellung fuhr der 10 Uhr 12 Minuten von Lübeck nach Travemünde hier durchgehende Zug auf ein totes Geleise und stieß dort auf einen Güterwagen. Da der Lokomotivführer das Versehen sofort bemerkte, konnte er noch rechtzeitig bremsen, so daß außer einem kleinen Materialschaden größeres Unglück noch verhütet werden konnte.

Cutin. In der Versammlung des Bürgervereins, welche am Sonnabend tagte, wurde über die Verwaltungsreform im Fürstentum Lübeck gesprochen. Die Landtagsabgeordneten Hammerich und Hoff — letzterer ist Mitglied des Vorstandes — waren zugegen. Hoff erklärte, daß er zwar einen Beitrag zu dieser speziellen Frage, die den Landtag unter vielen anderen beschäftigt habe, liefern könne, zumal der Bürgerverein ihn seiner Zeit auch gewählt habe; er müsse es aber entschieden ablehnen, wenn hier von ihm eine Berichterstattung verlangt werde. Er werde in nächster Zeit Bericht erstatten vor den politischen Parteien, welche ihn gewählt hätten. Dies seien die nationalsozialen und sozialdemokratische Partei. Er habe nichts dagegen, wenn der Bürgerverein sich diesem anschließen wolle. Dies könne umso mehr geschehen, als jene Versammlung selbstverständlich eine öffentliche Volks-

versammlung sein werde, in welcher wahrscheinlich auch der Abgeordnete Hug sprechen werde. Wertwürdigerweise wurde dieser durchaus richtige Standpunkt des Abg. Hoff von dem früheren Mitgliede des nationalsozialen Vereins, Bureauvorsteher Krügel, bekämpft. Einige Spießbürger schüttelten das graue Haupt, daß man ihnen zumuten konnte, mit den Sozialdemokraten zusammen eine Volksversammlung abzuhalten, und es erschallen Bravos als einer von ihnen dies zum Ausdruck brachte. Das Entsetzen vor dem „roten Gespenst“ scheint bei den Spießern richtigerer Observanz nicht aus dem klapprigen Gebein weichen zu wollen, trotzdem sie bei Gemeinderatswahlen und Reichstagsstichwahlen ein großes Liebeswerben entwickeln. Dann sind die Leute im Arbeitertitel ihnen genehm, aber sonst — br!!

Schönberg. Das Feuer, welches kürzlich das Gebäude des Hufners Brothm benachbarten Dechow niederlegte, ist von dem fünfjährigen Enkel des Betroffenen angelegt worden. Der Knabe hatte beim Spiel einige Bündel Dachstroh, die auf dem Dungehause lagen, mit einem Streichholz angezündet. Das Gebäude mit Mobiliar und Erntevorräten war mit 17 000 Mk. versichert. Von Strolchen angefallen wurden hier außerhalb der Stadt wieder zwei größere Schulmädchen. Die Begehrer packten die Kinder und verfluchten sie wiederumwerfen. Da ein Mädchen seinen Angreifer aus Angst in die Hand biß, ließ dieser von seinem Opfer ab, und als es auch dem andern Mädchen inzwischen gelungen war, sich loszureißen, entflohen beide Strolche. Die Polizei hat die Verfolgung aufgenommen.

Beste Nachrichten.

Budapest. Großes Grubenunglück. Im Botolischen Goldbergwerke bei Nagy-Banya (Ungarn) stürzte ein Stollen ein und begrub 42 Bergleute. Eine Rettungsaktion wurde sofort eingeleitet, wobei acht Leichen geborgen wurden. Die übrigen Bergleute sind mehr oder weniger schwer verletzt.

Trinidad. (Colorado). 60 Personen getötet. Bei Terco erfolgte in einer Kohlengrube der Ireland Iron Company im Felsenberge eine heftige Explosion, bei der etwa 60 Personen ums Leben kamen. Die Rettungsmannschaften sind außerstande, in die Grube, die noch in Flammen steht, einzudringen. Die Umgekommenen sind meist slavischer Nationalität.

Briefkasten.

K. M. N. 1) Beitrittserklärungen zum Sozialdemokratischen Verein in Lübeck nimmt Genosse A. Ehlers, Augustenstraße 26, entgegen. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfg., der monatliche Beitrag 30 Pfg. 2) Kassaltes Werk sind in zwei starken Bänden komplet gebunden zum Preise von 10,50 Mk. inkl. Porto in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co., Johannisstraße 50, erhältlich. In Fests bezogen, stellt sich der Preis auf etwa 14 bis 15 Mk.

F. K. Es kommt lediglich auf die Abmachungen an. Im vorliegenden Falle werden Sie schwerlich etwas unternehmen können. Im Uebrigen liegt es auch im eigenen Interesse des Photographen, Ihnen gute Bilder zu liefern.

Schuhmachergefell
 ver sofort gesucht.
 G. Schulz, Chajoststraße 16.

2 unterhaltene Winter-Jacketts
 sehr billig zu verkaufen Brownstraße 16, II
Verloren am Sonnabendabend der Wochenlohn eines Arbeiters von der Barendorfstraße bis Untertrave. Abzugeben in der Expedition dieses Blattes.

Adolf Hübner, Uhrmacher
 Neu eröffnet! Fünfhausen 13.

la. Schintensped la.
 in Stücken von 3 bis 5 Pfund
 à Pfund 80 Pfg.
 empfiehlt
Carl Junge, Bahmstraße 14.

Lokal-Verband der Zimmerleute Lübecks.
Mitgliederversammlung
 am Dienstag den 1. November
 abends 8 Uhr
 Dankwagsgrube No. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Innere Vereinsangelegenheiten.
 2. Verschiederenes.
 Der Vorstand.

Heute Dienstag den 1. Novbr.
Gr. Ausspielen
 von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchsleisch
 auf einem Ziehbillard
 Einsatz 50 Pfg. Anfang 10 Uhr.
 Hierzu ladet freundlichst ein
L. Schulz
 Schuhmacherstraße 14.

Ausscheiden! Lübecker Hafenschiffahrt Gef. m. S. S. Aufbewahren!
 Winterfahrplan nach Schwartau und zurück, gültig ab 1. November.
 Abfahrt Drehsbrücke:

Samstags	6 ³⁰	8	9 ³⁰	11
Sonntags	2	3 ³⁰	5	6

 Abfahrt Schwartau:

7 ¹⁵	8 ¹⁵	10 ¹⁵	11 ¹⁵
2 ⁴⁵	4 ¹⁵	5 ⁴⁵	6 ³⁰

 Mit dem 1. Dezember fällt die Tour vom 6.30 ab Lübeck, sowie 7.15 ab Schwartau weg. Änderungen vorbehalten.
 Die Geschäftsleitung.

Empfehle
 Prima Kalbfleisch . . . Pfd. 40 Pfg.
 Prima Schweinefleisch . . . 60
 Pa. Karbonade u. Gehacktes, 70
Albert Hilde
 Reiterstraße 8.

Achtung!
Sanitätsverband
 der freien Hülfskassen Lübecks.

General-Versammlung
 am Dienstag den 1. November
 abends 8³⁰ Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1904.
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.
 Der Vorstand.

Verspielen
 von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchsleisch
 am Dienstag d. 1. November 1904
 von 10 Uhr vorm. bis abends 1/211 Uhr.
 Einsatz 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Dankwagsgrube 13. C. Casten.

Stadt-Theater.
 Dienstag den 1. November.
 Abends 7^{1/2} Uhr. Abends 7^{1/2} Uhr.
 39. Vorstellung. 6. Dienstags-Abonnement.
Don Juan.
 Mittwoch, den 2. November. 40. Vorstellung.
 Zum letzten Male bei kleinen Preisen.
Kabale und Liebe.

Albert Meincke
Lübeck

Obere Aegidienstr. 15, Ecke Königstr.

En gros. * En detail.

Manufaktur- und Leinenwaren
Gardinen, Teppiche
Tisch- und Schlafdecken
Blusen, Kostümröcke, Regenschirme
Schürzen, Unterröcke, Wäsche
Damen-Jacketts, Kragen, Capes
Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge
Herren-, Burschen- und Knaben-Paletots
Lodenjoppen, Jagdwesten, Unterzeuge
Fertige Betten, Bettfedern, Daunen.
Alle Aussteuer-Artikel.

Bei Barzahlung **10%** Rabatt in bar.
 Vorteilhafter als Rabattmarken.

Vergleichen Sie meine Preise mit der Konkurrenz.

Grösste Auswahl! — Aufmerksame Bedienung.

Wiederverkäufer extra billige Engros-Preise.

Zum Konflikt

zwischen dem „Neuen Montagblatt“ und der „Leipziger Volkszeitung“.

In der Nr. 23 des „Neuen Montagblattes“ vom 3. Oktober d. J. schrieb der Mitarbeiter am „Neuen Montagblatt“, Ruberrimus folgendes:

„Kam ist der Parteitag geschlossen, so setzt die „Leipziger Volkszeitung“ ihren Harnschloß gegen Südekum fort, den sie angesichts der Entrüstung des gesamten Parteitages verlegenheit hatte. Am 22. v. M. hatte die Redaktion an den Parteitag telegraphiert und in der „Leipziger Volkszeitung“ feierlich erklärt, daß die Notiz über den „Bürger Südekum“ der Mißgriff eines einzelnen Redakteurs sei, dem die Gesamtreaktion völlig fernstehe. Aber in derselben Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ von Freitag, den 22. September, an derselben Stelle, wo nachher zu lesen war, daß die Gesamtreaktion jene Notiz unterdrückt hätte, hatte ursprünglich eine ebenso feierliche Erklärung der Gesamtreaktion gestanden, in der sie das Verhalten des Genossen Sachß billigte und sich in energischer Weise jede Einmischung des Parteitages verbat. Dazu war man schließlich doch nicht fähig genug. Diese ursprüngliche Erklärung der Gesamtreaktion wurde herausgeschnitten und durch den innerlich unwahren Widerruf ersetzt. Aber drei Exemplare der „wahren“ „Leipziger Volkszeitung“ wurden unter den korrigierten Exemplaren von der Expedition der „Leipziger Volkszeitung“ nach Bremen geschickt, befinden sich in den Händen von drei Delegierten und sind auch von vielen Parteigenossen eingesehen worden. Nach dem Parteitag übt jetzt der Mut wieder seine Spannkraft in der Brust der Leipziger Redakteure, und Südekum wurde weiter ange-hardet. Was würde wohl die „Leipziger Volkszeitung“ sagen, wenn ein „revisionskritischer“ Redakteur mit solch doppelten Konzepten arbeitete, solche Unsumme von Mut und Wahrigkeit bewiese?“

Von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ wurde, unter Darlegung der Umstände, unter denen die beiden Notizen zustande gekommen seien, der Vorwurf, mit doppelten Konzepten gearbeitet zu haben, entschieden zurückgewiesen, während Ruberrimus in der Nummer 24 des „Neuen Montagblattes“ zwar ohne weiteres zugab, daß er sich mit seiner Darstellung, die beiden Notizen seien in ein und derselben Nummer der „Volkszeitung“ erschienen, im Irrtum befinden habe, im übrigen aber behauptete, daß sein Vorwurf, die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ habe mit doppelten Konzepten gearbeitet und Mangel an Mut und Wahrigkeit gezeigt, auf der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ruhe bleibe.

Darauf hat die Redaktion und der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“ den Parteivorstand um endgültige Festsetzung des dem Streite zugrunde liegenden Tatbestandes ersucht.

In Verfolg dieses Antrages ist der Unterzeichnete auf Grund des ermittelten Sachverhaltes zu folgender Auffassung des Streitfalles gekommen:

Am 23. September ist gegen Schluß der Vormittags-sitzung auf dem Bremer Parteitage die bekannte, gegen den Genossen Südekum gerichtete Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ zur Sprache gekommen. Beratung und Beschlußfassung über die in dieser Sache gestellte Resolution wurde zu Punkt 8 der Tagesordnung des Parteitages zurückgestellt.

Ueber diese Vormittags-sitzung war bei der „Leipziger Volkszeitung“ bis zu Beginn des Druckes der Nummer 222 am 23. September ein telegraphischer Bericht eingegangen, der nur die Verhandlungen über die Organisationsfrage und die Reisezeit enthielt. Später, als der Druck der Nummer

222 bereits im vollen Gange war, folgte eine weitere Depesche, welche über die gegen die „Leipziger Volkszeitung“ erfolgte Aktion berichtete.

Einen allgemeinen und durchaus einwandfreien Gebrauch folgend, nahm die Redaktion diese Mitteilung in den Rest der Auflage auf, sie mit folgender Verwahrung begleitend:

„Es ist uns völlig unverständlich, wie der Parteitag überhaupt dazu kommen kann, sich mit einer derartigen zunächst rein privaten Angelegenheit zu befassen. Südekum mag, wenn er sich beschwert fühlt, auf dem Instanzenwege gegen uns vorgehen; da wollen wir ihm Rede und Antwort stehen. Durch eine überreichte Behandlung der Sache, die zunächst noch gar nicht vor sein Forum gehört, würde der Parteitag uns um die vorhergehenden Instanzen herabsetzen, wie das vorgehiera Südekum selbst im Falle Schippel ausgeführt hat.“

Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“.

Nach weiteren Erwägungen kam jedoch sowohl die Gesamtreaktion der „L. V.“, wie auch der Verfasser der Südekum Notiz zu der Erkenntnis, daß mit der letzteren ein Fehler gemacht worden sei. Dies wurde in ehrlicher Weise in der folgenden, am 24. September an den Parteitag gesandten und in der Nummer 223 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 24. September abgedruckten Erklärung ausgesprochen:

„Die Notiz über Südekum ist von einem einzelnen Redakteur in Druck gegeben worden, der die unmotivierten und versteckten Anspielungen Südekums auf die Dresdener Vorgänge im Interesse der Zeitung zurückweisen zu sollen glaubte, aber dabei, wie er nach reiflicher Ueberlegung anerkennt, zu weit gegangen ist und die Notiz unter dem Ausdruck seines Bedauerns nach Ton und Inhalt zurücknimmt. Die Gesamtreaktion, die den Druck der Notiz verhindert haben würde, wenn ihr das Manuskript vorgelegen hätte, schließt sich, soweit sie der Partei für den Gesamterhalt der Zeitung verantwortlich ist, dem Bedauern ihres Kollegen an.“

Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“.

Mit dieser durchaus loyalen Erklärung, durch deren Abwendung an den Parteitag auch dessen Recht, zur Sache Stellung zu nehmen, rückhaltlos anerkannt wurde, war auch die Verwahrung vom 23. September gegenstandslos geworden.

Jede falsche Ansetzung dieser Erklärung wäre allerdings unzulässig gewesen, hätte die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ die am 23. September nur in einem Teil der Auflage abgedruckte Verwahrung am 24. September durch noch-maligen Abdruck zur Kenntnis der gesamten Leser der „Volkszeitung“ gebracht und dabei betont, daß sie den in der Verwahrung eingenommenen Standpunkt nicht aufrecht erhalte.

Aber auch ohne diese formelle Zurücknahme der Verwahrung durch die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ hätte Ruberrimus bezw. das „Neue Montagblatt“, den wahren Sachverhalt bei einzigem guten Willen mit Beachtung ermitteln und sich überzeugen können, daß die Annahme vom Arbeiten mit doppelten Konzepten haltlos war. Er haben aber Parteigenossen ohne sorgfältigste Prüfung des Tatbestandes Anklagen von solcher Schwere, so ist das eine illoyale Handlungsweise, die auf das schärfste verurteilt werden muß.

Soweit die beiden Notizen der „Leipziger Volkszeitung“, die Verwahrung in der Nr. 222 und die Erklärung in der Nr. 223 in Betracht kommen, war das Verhalten der Redaktion bis auf die vorstehend gemachte Einschränkung tadellos und der gegen sie erhobene Vorwurf unbegründet.

Nun hat Ruberrimus bezw. das „Neue Montagblatt“ sein Vorgehen noch mit der Haltung der „Leipziger Volkszeitung“ nach dem Parteitag zu rechtfertigen gesucht. In der Tat ist der die ganze Angelegenheit neu aufrollende Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ „Die 116“ eine Woche vor dem Angriff des „Neuen Montagblatt“ erschienen. Der Unter-

zeichnete mußte sich daher auch mit diesem Teile des Streites beschäftigen.

Der Artikel „Die 116“ geht von der Annahme aus, daß die 116 Delegierten durch Aufrechterhaltung ihres Antrages nach erfolgter Revolution der „Leipziger Volkszeitung“, gegen die guten Parteisitten verstoßen hätten.

Da der Artikel „Die 116“ unmittelbar nach dem Parteitag erschienen ist, konnte der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ noch kein authentisches Material über den Verlauf der Sonnabend-sitzung des Parteitages vorliegen. Sie schöpfte ihre Annahme offenbar aus Berichten der Parteiblätter, die referierend über den Vorgang mitteilten, der Antrag der 116 Delegierten sei zu Protokoll gegeben worden. Andere Blätter enthielten die zutreffende Wendung, der Antrag der 116 Delegierten sei nebst der Erklärung der „Leipziger Volkszeitung“ zu den Akten des Parteitages genommen worden.

Aus dem Parteitag-Protokoll ergibt sich, daß erst in dem Moment, als der Antrag der 116 Delegierten zur Beratung kam, vom Bureau des Parteitages Mitteilung von dem Eingange der Erklärung der „Leipziger Volkszeitung“ gemacht wurde. Bei der Geschwindigkeit, mit der sich der ganze Vorgang abspielte, war von den 116 Delegierten in diesem Augenblick niemand in der Lage, namens sämtlicher Unterzeichner die Zurückziehung des Antrages zu erklären. Um die Zurücknahme in aller Form zu ermöglichen, hätte der Parteitag eine Pause machen und den Unterzeichnern Gelegenheit zur Aussprache und Verständigung geben müssen. Wahrscheinlich würde, wenn der Vorsitzende seine Frage dahin formuliert hätte, daß nach der Erklärung der „Leipziger Volkszeitung“ der Antrag der 116 Delegierten wohl als zurückgezogen anzusehen sei, niemand widersprochen haben, wie sich auch gegen die von ihm in Anwendung gebrachte Formel, die ganze Angelegenheit durch bloße Kenntnisnahme der Resolution und der Erklärung als erledigt zu erklären, kein Widerspruch erhob. Dem Protokoll wäre der Antrag der 116 Delegierten selbstverständlich auch bei erfolgter Zurücknahme einverleibt worden.

Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß der Artikel „Die 116“ in seinen materiellen Voraussetzungen nicht aufrecht zu erhalten ist, wie es auch faktisch unklar war, auf ganz unzulängliche Informationen hin den eben erledigten Streit von neuem anzufangen.

Im Artikel „Die 116“ aber immerhin noch begreiflich, so muß gegen Anschauungen, wie sie in gleicher Sache im Artikel „Vom Revisionismus“ der Nr. 235 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Oktober d. J. ausgesprochen wurden, im Parteinteresse entschiedenste Verwahrung eingelegt werden.

Mit Revisionismus oder gar mit einer revisionskritischen Verschönerung hatte der Antrag der 116 Delegierten absolut nichts zu tun. Die Unterzeichner jenes Antrages hatten ohne Rücksicht auf ihren sonstigen Standpunkt nur aus Empörung über die erwähnte Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ ihre Unterschrift zu dem Antrage gegeben.

Wenn es aber in dem Artikel in Nr. 235 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Oktober heißt:

„Unsere Redakteure haben gestern erklärt, daß sie die Notiz zurückgenommen hätten, um das Spiel des Revisionismus zu durchkreuzen und der Partei einen neuen Skandal zu ersparen. An und für sich hatten wir nicht den geringsten Anlaß, die Notiz zurückzunehmen“, so wird mit dünnen Worten damit ausgesprochen, daß die Erklärung an den Parteitag nicht aufrichtig gemeint gewesen sei, sondern nur ein taktisches Manöver darstelle.

Gründe es Sitte werden, zu ungewandten Erklärungen, wie die der „Leipziger Volkszeitung“ an den Parteitag, nachträglich solche Kommentare zu geben, denn würde es mit Treu und Glauben in der Partei halb übel bestellt sein.

Der Unterzeichnete glaubt daher auf neue nach allen Seiten die bringende Meinung auszusprechen zu müssen, bei Austragung von Meinungs-differenzen nur strengste

Die Hosen des Herrn von Bredow.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

(54 Fortsetzung.)

Der Fürst saß in seinem Selbstgespräch fort: „Aber ich hätte milder sein können, gegen mich, ich hätte mich selbst täuschen sollen, daß mir die süße Melodie deiner Worte länger vor den Ohren klinge! Deine Tat hätte ich gut machen können, nur um dich mir zu retten. Du warst ja nicht mehr gefährlich. Die Spieluhr, die mir vor den Ohren summt, belügt mich ja nicht. Sie singt, wie ich stimme. Und ist es denn ein Verbrechen, einer Lüge horchen, die uns nicht mehr täuschen kann? Sind sie immer Gift? Vielleicht wohlthätiges Gift, Balsam auf vernarbende Wunden, die unter der rauhen Hand der Wahrheit wieder aufgehen und von neuem bluten. Allmächtiger Gott, was ist Wahrheit, nach der wir ringen?“

Er schauderte zusammen: „Wann ich ihnen allen ins Herz schaute, ihre Gedanken vor mir lägen wie ein offenes Buch! — Bewahre mich der Herr vor dem Entschlichen. Wir hätten in diesem unruhigen Leben keinen ruhigen Augenblick. Geharnischt müßte ich mich auf mein Lager werfen, und wenn ich aufspränge, das Nichts zu zücken! Wohlthätiger Nebel, den er über unsere Augen goß, nur so viel Licht uns schenkend, als wir ertragen können! Ja, was die Sterne uns vertrauen, das ist wahr. Darin zu lesen vergaube er aber nur wenigen und wenig. Das andere ist Spiel! Ich hasste das Spiel, und doch — ich wollte, daß es mehr Spiel gäbe, mehr süße liebliche Täuschung, nur auf Augenblicke die Wirklichkeit zu vergessen.“

Die ungeputzten Kerzen brannten nur dunkel. Es war totenstill. Von den Tärmen schlug es Ritterschlag. Der Fürst lag zurückgelehnt in seinem Stuhl.

„Es ist zu spät, es ist geschichen“, murmelte seine Lippen, sein Auge schloß sich, aber vor dem innern traten

die Gestalten auf, die ihn allnächtlich heimsuchten. Seine Brust, sein Arm hob sich etwas, die Hand preschte sich kampfhast zusammen. Er sah den Geist des Ritters, die Wendeltreppe schritt er herauf, er schritt durch den langen Gang. „Warum, warum immer mit den hohen Augen, Linden-berg! Klagest du die Raben an oder mich? Dem Auge war so glänzend. Ich riß es dir ja nicht aus. Was schleichst du wie auf Diebesfühen! Was steht du an der Tür?“

Die Erscheinung verschwand nicht. Es war ein etwas mehr als die Vision, die aufgeregten Sinne wurden tätig. Er hob sich, auf die Armlehne gestützt, wie ein Linschender. Plötzlich ein Schrei, er sprang auf: „Maria Joseph, was ist das!“

Joachim riß die Augen auf. Er hörte deutlich einen streichenden Ton an der Tür, ein Krachen; dann ein Fall, wie ein leichter Körper auf die Kiesel des Bodens; dann Schritte, wie eines hastig Forteilenden. Er wollte nach der Klingelschnur greifen, das wäre zu spät worden. Den Arm leuchter ergreifend, stürzte er nach der Tür und riß sie auf. Am Ende des langen Korridors verschwand eine dunkle Gestalt. „Röder!“ wollte der Fürst rufen, die Stimme verlagte ihm. — Das Licht der Kerzen beleuchtete etwas Weißes an der braunen Nußbaumtür. Die Kreide, mit der die Schrift geschrieben, lag am Boden. An der Tür standen die Worte:

„Joachim! Joachim! bitte bi!
Kriegen wir bi, so hangen wir bi!“

Unten stampfte ein Kopf. Fußschlag durch das Portal. Er stürzte in das Zimmer zurück ans Fenster. Ueber die lange Brücke sprangten zwei Reiter. Von drüben kam eine höchste Gesellschaft von einem Schwanze zurück. Bei dem Schein der Fackeln konnte er die Umrisse der einen Gestalt erkennen. Die Reiter mußten große Eile haben. So preschten sie durch die Gasse. Er hörte ihre Hufeschläge klattern, die Oberberger Gasse entlang.

Wann der Kurfürst jetzt, da er nach der Schwärze zur

großen Glocke eilte, in den Spiegel gesehen, an dem er vorüberging, hätte er auch vor einem Gespenst zurückschrecken mögen. Ein so blaßes Gesicht sah ihn mit starren Augen aus dem Glase an. Als die Glocke stürzte, durchschauerte es ihn bang. Seine Kieme schien zu sprechen: „Wen wird sie rufen? Steh' ich doch schon viellecht allein!“ — Die Edelknaben schliefen. Hatte man sogar vergessen die Wächter auf den Gang auszustellen! — Waren die Tritte, die jetzt den Korridor hastend heran kamen, schon die Tritte der Röder? Seine Hand griff unwillkürlich an der Rechten nach dem Dolch, aber schnell ließ er die Hand wieder sinken, als schämte er sich der Bewegung. Er hatte andere Waffen.

Die Kammerherren, die hereinströmten, erschrafen, wie er, auf die Stuhllehne gestützt, da stand und sie anschauten.

„Wer hatte die Nacht im Schlosse?“

„Der Ritter von Osterstädt.“

„Wo ist Osterstädt?“

Was wollte der Fürst mit dem strengen, irren Blide? Als verlange er die Antwort nicht mehr, machte er eine abwehrende Bewegung, welche sie gehen ließ.

Der Geheimrat von Schlieben ward angemeldet. Bählte der Fürst auch dessen graue Haare, forschte er, ob der Herr darunter verborgen sei? Er sah wie erschöpft im Armstuhl, und sein strenger Blick hieß den alten Diener seines Hauses an der Schwelle weilen.

„Durchlauchtigster Herr, ich komme zur ungewohnten Zeit.“

„Aber du si deest mich wach. Das werden sie alle, sag's ihnen.“

„So müßte mein gnädigster Herr schon.“

„Osterstädt ist ausgestrichen, wie aus meinen Diensten, aus dem Buche meiner Gnade. Man soll ihn fahnden, wo man ihn trifft. Man setze ihn nach, auf der Stelle! Ich will ihn fahnden, wo er sich verberge, einen Preis auf seinen Kopf! Ich sage Euch, er soll es büßen, schwer, furchtbar“

Kurz nach 6 Uhr das Südufer zwischen der Torstraßenbrücke und der Fernbrücke für jeden Verkehr mit Ausnahme derjenigen, die Arbeitswillige abholen wollen, gesperrt wird, daß ferner ein großes Schutzmännchen auf jeden Posten, der sich um 1/2 Uhr zwischen den beiden Brücken befindet, auffordert, das Südufer zu verlassen, um dasjenige, der etwa zurückkehren versucht, zur Wache in der Stephansstraße zu führen. Wir beauftragten daraufhin einen unserer Berichterstatter, sich von der Wahrheit dieser Mitteilungen zu überzeugen, und dieser bestätigte uns, daß die Dinge sich am Südufer in der beschriebenen Weise abspielten. In unser Berichterstatter wurde bei dieser Gelegenheit selbst von der Polizei zum Verlassen der Straße aufgefordert. Nachdem er in Begleitung des Vertrauensmannes der Streikenden bis kurz vor 6 Uhr unbeschädigt in der Straße auf- und abgegangen war, trat plötzlich ein Polizeileutnant in Begleitung von drei Schutzleuten auf ihn zu und fragte ihn, aus welchem Grunde er anwesend sei. Die Antwort unseres Berichterstatters lautete natürlich, er sei von seiner Zeitung beauftragt, die polizeilichen Maßnahmen zu beobachten und darüber zu berichten. Der Leutnant forderte ihn daraufhin zum Verlassen der Straße auf, und er wiederholte seine Aufforderung, als ihn der Berichterstatter darauf aufmerksam machte, daß er dadurch in der Ausübung seines Berufes gehindert werde. Bevor noch der Offizier antwortete, fuhr im barocksten Unteroffiziers-tone ein Schutzmännchen auf: „Sie sind aufgefordert zu gehen, nun machen Sie, daß Sie fortkommen!“ Unser Berichterstatter nahm noch Gelegenheit, auf diese Unterbrechung einer Unterredung des Vorgesetzten dieses Schutzmännchens durch diesen hinzuweisen, und ging darauf der Fernbrücke zu. Auf dem Wege folgte ihm unmittelbar derselbe Schutzmännchen, der die Unterredung unterbrochen hatte, und zwar, wie ausdrücklich festgestellt ist, mit abgehakten Seitengewehr. Als unser Berichterstatter einmal stehen blieb, um es sich anzusehen, wie der Polizeileutnant zwei in einem Torweg stehende Personen daraus entfernte, rief der Schutzmännchen sofort: „Das Stehenbleiben auf dem Fußgängerwege ist verboten!“ Unser Berichterstatter begab sich darauf mit seinem Begleiter ruhig auf den unmittelbar daneben befindlichen Reitweg, auf den sich die Instruktion des Schutzmännchens, wie aus seinen Worten zu entnehmen war, nicht mehr zu erstrecken schien, denn der Schutzmännchen geht wiederholtes Stehenbleiben auf dem Wege zur Fernbrücke. Der Berichterstatter überzeugte sich, daß an dem westlichen Pfeiler dieser Brücke die Nacht dieses Beamten aufhörte, und — das Vaterland war wieder einmal gerettet. Von der Brücke aus konnte er noch beobachten, daß die Polizei jeden, der diesen Weg passierte, anhält, nur ein Postbeamter in Uniform und ein Soldat des 3 Brandenburgischen Pionier-Regiments wurden nicht angehalten. Der Berichterstatter stellte überdies fest, daß die Behauptung der Streikenden richtig ist, daß die Straßenbahn an der Fernstraßenbrücke, ohne daß sich dort eine Haltestelle befindet, hält, um die aus der Fabrik kommenden Arbeitswilligen aufzunehmen.

Zur Tabakarbeiter-Aussperrung in Halberstadt. Zwölf Wochen dauert nun unser Kampf und noch ist an ein Ende nicht zu denken. Wir unsererseits können auch heute noch nicht eine Fabrikordnung anerkennen, die mit einer Verschlechterung unserer Lebenslage gleichbedeutend ist. Auf der anderen Seite glauben die Fabrikanten infolge ihrer wirtschaftlichen Uebermacht ihre Arbeiter unterzwingen zu können. So stehen sich zwei Parteien gegenüber, eine so hartnäckig wie die andere. Welche von beiden wird Sieger bleiben? Kollegen und Kolleginnen Deutschlands! Wir haben die feste Zuversicht, daß der Kampf mit unserem Siege enden wird. An Euer Solidarietätsgefühl appellieren wir, unterstützt uns so mit Geldmitteln, daß wir aushalten können. Geldsendungen sind zu richten an Louis Strieborn, Halberstadt, Watenstraße 63, perAdr.: Moy Vollmann.

Die Tarifvereinbarung im Münchener Gürtlergewerbe ist gescheitert, da die Arbeitgeber sich über die Annahme des vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts vereinbarten Entwurfs nicht zu einigen vermochten. Die Streiks, die in mehreren großen Werkstätten zur Verschleppung der Tarifverhandlungen ausgebrochen waren, und die Freitag früh durch die Arbeitsaufnahme beendet werden sollten, werden nun voraussichtlich fort dauern und noch weitere Betriebe mit hineinziehen.

Die Wirkung eines Straßenbahnboikotts. Die erste Woche, in der der neue Trambahntarif in München in Kraft ist, hat gezeigt, daß der Boykott ganz bedeutend auf den Trambahnverkehr eingewirkt hat. Die Zahl der Fahrgäste in der Zeit vom 16. bis zum 24. Oktober war um rund 100 000 geringer als in der gleichen Woche des Vorjahres. Die Einnahmen betragen trotz der erhöhten Fahrpreise um 12 000 Mark weniger.

Für die Lage des Arbeitsmarktes im September ergibt sich, wie das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt, nach dem Geschäftsgang der einzelnen Industrien ein nicht ungünstiges Gesamtbild, welches nur durch den noch immer unbefriedigenden Stand der Beschäftigung im Bergbau und Kohlebergwerke getrübt erscheint. Wie im Vormonate machte sich, wenn auch nicht mehr im gleichen Umfange, für verschiedene Gewerbe (Wanenschiffahrtsgewerbe, Mühlenindustrie, Papierindustrie) Wasserangel bzw. der niedrige Stand der Flüsse unangenehm bemerkbar. Bei anderen Industrien (Chemische Industrie, Landwirtschaftliche Maschinen) hatte die Beschäftigung für den Export auch weiterhin unter den kriegerischen Ereignissen in Ostasien zu leiden. In der Hauptache befriedigend entwickelten sich die Verhältnisse für die Maschinen- und Metallindustrie, und ebenso gestaltete sich in der elektrischen Industrie die Arbeitslage andauernd günstig. In der Textilindustrie fand trotz der Unsicherheit über die Entwicklung der Rohstoffpreise eine leichte Aufwärtsbewegung statt. Die Einflüsse der Saison machten sich in vorwiegend günstigerem Sinne im Buchdruckgewerbe, in der Konfektion und in anderen Gewerben geltend, welche um diese Zeit in eine kältere Beschäftigung einzutreten pflegen. In der Landwirtschaft herrschte für die Herbstarbeit (Kartoffelernte) lebhafteste Nachfrage nach Arbeitskräften, ohne daß ihr ein genügendes Angebot inländischer Arbeitskräfte gegenüberstand hätte. Die Vermittlungstätigkeit bei den Arbeitsnachweiser gestaltete sich im September günstig und

war härter als im Vorjahre. Die Beschäftigungsziffer bei den an das Kaiserliche statistische Amt berichtenden Krankenkassen wies eine Steigerung um 44 792 Personen auf gegen eine Zunahme um 18 317 Personen im August und gegen eine Abnahme um 15 157 Personen im Juli d. J. Bei den Arbeiterfachverbänden, welche an das Kaiserliche statistische Amt berichten, waren, wie zur gleichen Zeit des Vorjahres, am 30. September 1,8 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 1,9 Proz. am 30. Juni d. J.

Arbeiter als Schöffen. Die Fälle, in denen Arbeiter zum Schöffentum berufen werden, mehren sich in erfreulicher Weise. In Mainz war, wie die „Soz. Prog.“ mitteilt, ein Buchdrucker im April d. J. mehrfach als Schöffe tätig, in Landau (Pfalz) wurde bei der Schöffenauslosung der Schriftsetzer Heinrich Maybber als Schöffe für das Jahr 1905 ausgelost und am Amtsgericht A n d e l ein Fabrikarbeiter mit dem Schöffennamen betraut. In Jena unternahm das Gewerkschaftsamt bekanntlich die nötigen Schritte, damit fortan beim dortigen Gericht auch Arbeiter als Schöffen mit zugezogen werden. Ähnlich geht das Breslauer und das Augsburger Gewerkschaftsamt vor. Daß auch in früheren Jahren bereits Arbeiter sich als Schöffen bewährt haben, teilt der „Correspondent“ der Buchdrucker mit. Danach ist ein Maschinenmeister in Hannover im Jahre 1900 als Schöffe beim Amtsgericht dortselbst tätig gewesen, und in J e h o e fungierten bereits 1896 und 1897 drei Schriftsetzer als Schöffen. — Nach der „Soz. Prog.“ veranstaltet die preussische Regierung zurzeit eine Kundfrage, ob genügend Kräfte für eine weitere Heranziehung von Schöffen in unserer Volk vorhanden seien. Das bisherige Verfahren, einzeln nur Angehörige der sogenannten besseren Stände zu den gerichtlichen Ehrenämtern der Schöffen und Geschworenen heranzuziehen, hat, so schreibt die zitierte Wochenschrift, zu einem Mangel an geeigneten Bewerbern beziehungsweise zu einer übermäßigen Belastung ihrer Sphären und — das ist das Bedenkliche — häufig zu einer in Klassenurteilen befangenen Rechtsprechung geführt. Besteht man die durch die Gewerbegerichtsbarkeit gekulter Arbeiter in umfassenderem Maße gegen Unkosten-Erschädigung als Schöffen heran, so ist allen Teilen der Justizverwaltung, der Rechtspflege und dem Interesse der verschiedenen Gesellschaftsklassen gebietet und geholfen.

Gewaltmaßnahmen gegen eine Arbeiterorganisation. Auf eine einfache Denunziation seitens der Arbeitgeber wurde verflorenen Woche in Budapest die größte Sektion der Holzarbeiter vom Minister des Innern suspendiert. Die Mitgliederzahl war 2500. Die Aufregung der Arbeiter ist ungeheuer. Im Laufe dieser Woche hatten sämtliche Branchen Protestversammlungen ab. Die Fischer treten wahrscheinlich alle in den Streik.

Die Kandidatenfrage im Wahlkreis Calbe-Aschersleben ist für unsere Partei erledigt. Genosse Albrecht Halle hat sich bereit erklärt, die Reichstagskandidatur für Calbe-Aschersleben anzunehmen, nachdem ihn die Genossen in Abhalt II von der Kandidatur im zweiten Kreise — wenn auch nur mit einem Gefühl des Bedauerns — entbunden haben. So ungern sie ihn vom Kreise scheidend sehen — nahezu acht Jahre hat er im Kreise gewirkt — so glauben sie ihn an diesem Schritt nicht hindern zu sollen. Mit dem Beschluß ward der innigste Wunsch verknüpft, daß es dem Genossen Albrecht gelingen möge, den heftig-unpopulären Kreis Calbe-Aschersleben der Partei aufs neue zu erobern.

Totenliste der Partei. In Chemnitz verstarb unser Parteiveteran Genosse Theodor Sust im Alter von 72 Jahren. Der Verstorbenen, der von Haus aus Gymnasialbildung genossen hatte und seine öffentliche Laufbahn als Redakteur des demokratischen „Bamberger Journals“ begann, hat der Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten wertvolle Dienste geleistet. — Ein Opfer seines Berufs wurde der Parteigenosse Fritz Lehmann aus Slamen bei Spremberg. Er war als Zimmermann bei einem Brunnenbau in Pulsberg bei Spremberg beschäftigt. In dem Brunnensticht entwickelten sich giftige Gase, die ihn zu ersticken drohten. Er rief um Hilfe, worauf sein Kamerad Richter sich in den Schacht hinabließ. Beim Hochziehen verlagte durch irgendwelchen unglücklichen Zufall die Förderung, der Eimer mit den beiden Unglücklichen blieb stecken und als es endlich doch gelang, beide aus dem Schacht herauszugreifen, war Lehmann tot, während Richter nur noch schwach atmete. Die Wiederbelebungsbemühungen waren vergeblich; bald darauf ist auch Richter gestorben. Unsere Genossen von Spremberg und Slamen betrauern in dem auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Fritz Lehmann einen ihrer Besten. Lehmann hat langjährig Vertrauensposten in der Arbeiterbewegung bekleidet und genöß die Achtung der Slamener Einwohnerschaft in so hohem Maße, daß er wiederholt zum Gemeindevorleser gewählt, von der Regierung des Reichstaates allerdings nie bestätigt wurde. Er hinterläßt seine Frau mit einem Kind. Sein Kamerad Paul Richter stand noch in jugendlichem Alter.

802 000 Flugblätter sind am Sonntag vor acht Tagen von unseren Parteigenossen in Berlin und den Vororten verbreitet worden. Von Leuten selbstverständlich, die sich freiwillig dem Unternehmen darboten. Es ist zu hoffen, daß der Zweck der Arbeit, der Partei und dem Parteiorgan neue Anhänger zu werben, in vollem Maße erreicht wird.

Vom Bremer Parteitag. Protokoll ist die erste Auflage vergriffen. Die zweite Auflage befindet sich im Reindruck. Der Verlag bittet diejenigen Orte, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, dies umgehend zu tun.

Ganz wie in Deutschland! Ueber eine Verurteilung Galeas, unseres spanischen Parteiführers, berichtet der „Socialista“. Danach wurde Galeas wegen Verleumdung der Polizei zu einem Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von 125 Pesetas verurteilt.

Aus Nah und Fern. Erdbeben in Ostpreußen. Anläufer des Erdbebens, das am Sonntag in Jütland, Schweden und Norwegen wahrgenommen worden, sind auch an der preussischen Ostpreußen beobachtet worden. Es ist das wohl

das erste Mal, daß in Ostpreußen ein Erdbeben konstatiert wurde. In Königsberg sind an mehreren Punkten etwa um 11 1/2 Uhr vormittags Erderschütterungen verspürt worden. So sind in einem Hause am Hammerweg in Amalienau von zwei verschiedenen Personen in verschiedenen Stagen des Gebäudes zu gleicher Zeit zwei kurz aufeinander folgende Erschütterungen beobachtet worden. Da das Haus auf Lehmboden und nicht auf Pfahlrost steht, auch kein Wagen in der Nähe war, so ist die Erscheinung nur durch die auslaufenden Wellen eines Erdbebens zu erklären. Eine wissenschaftliche Beobachtung war leider nicht möglich, da laut „Eggb. S. Btg.“, weder die Königsberger Sternwarte noch das mathematisch-physikalische Laboratorium und das experimentell-physikalische Institut im Besitz seismometrischer Instrumente sind.

Verurteilte Presskrieger. Wegen Verleumdung durch die Presse sind am Mittwoch in Berlin drei Redakteure der Zeitungen „Dziennik Berlinski“, „Wost. Btg.“ und „Berl. Btg.“ zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden wegen Abdruck eines Artikels aus der „Posener Btg.“, worin mitgeteilt worden war, daß der Verleger und politische Überagent Biedermann im Gefängnis zu Bronke, wo er eine Strafe wegen Verleumdung durch die Presse zu verbüßen hatte, einen Aufseher besuchte habe. Infolgedessen sei eine Zelle zu einem Salon umgewandelt, mit einer Schreibmaschine und mit allen Utensilien, die ein Redakteur gebrauche, versehen worden. Es würden in die Befestigungsgehefte aber noch andere Unterbeamte verwickelt werden, sowohl Schutzleute des Posener Polizei-Präsidiums, wie auch Angestellte der Anstaltungskommission. Die letzteren sollten dem „Überagenten“ Biedermann gegen Entgelt Mitteilungen über in Aussicht stehende Güterankäufe der Anstaltungskommission gemacht haben, so daß Biedermann allen seinen Korrespondenten zuvorkommen konnte. Der Polizeipräsident von Polen sandte den Redaktionen eine Richtigerstellung dahingehend zu, daß außer einem Gefängnisaufseher kein anderer Beamter in Frage käme. Trotzdem die Richtigerstellung von den Blättern sofort aufgenommen wurde, kehrten der Posener Polizeipräsident und der Präsident der Anstaltungskommission Strafantrag wegen Verleumdung der ihnen unterstellten Beamten. Der Staatsanwalt billigte allen Angeklagten guten Glauben zu und den Mangel einer beleidigenden Absicht. Das Gericht kam aber trotzdem zu einem zurteilenden Erkenntnis.

Eine Kindesentführungsgeschichte kam dieser Tage vor einer Berliner Strafkammer zur Verhandlung. Die geschiedene Ehefrau Hoest war beschuldigt worden, durch Vst ein Kind in ihre ausschließliche Gewalt gebracht und es dem Vater entzogen zu haben. Die Angeklagte heiratete vor sechs Jahren den Kaufmann Hoest. Die Ehe war eine so unglückliche, daß bereits nach vier Jahren die Scheidungsklage eingeleitet wurde. Frau Hoest trennte sich von ihrem Ehemann und bezog eine besondere Wohnung. Der Ehemann war ein damals dreijähriger Knabe entlassen, der bis zur gerichtlichen Entscheidung bei der Mutter verblieb. Im Oktober 1903 erkannte das Landgericht den Knaben seinem Vater zu. Dieser ließ sich auf Bitten der Mutter bewegen, das Kind vorläufig in ihrer Obhut zu belassen, ließte daran aber die Bedingung, daß es ihm einmal wöchentlich an einem bestimmten Tage auf eine Stunde gebracht werde. Die Angeklagte fürchtete, daß ihr früherer Ehemann ihr über kurz oder lang den Knaben doch wieder nehmen würde, und da sie diesen Verlust nicht würde ertragen können, beschloß sie heimlich mit dem Kinde nach Batavia auszuwandern, wo sie Verwandte hatte. Sie dampfte eine besondere von Bremerhaven ab. Ihr früherer Ehemann erfuhr jetzt von dem Streich, den die Angeklagte ihm gespielt. Da der nach Batavia bestimmte Dampfer in Genoa anlegen mußte, so ließ man den Knaben spielen und die Angeklagte in Genoa verhaften. Nachdem die Auslieferungsmöglichkeiten erledigt waren, wurde die Angeklagte nach Berlin gebracht, wo sie längere Zeit in Untersuchungshaft verbleiben mußte, bis sie gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt wurde. — Der Gerichtshof verurteilte, daß lediglich Mutterliebe die Triebfeder zu der Handlungsweise der Angeklagten gewesen sei, und belieh es bei drei Tagen Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Sein eigener Doppelgänger. Unter dem dringendem Verdacht des schweren Diebstahls ist der Jakobson-Fabrikant Michael Kapirala in Berlin in Haft genommen worden. Er ist beschuldigt, in eine Villa im Grunewald eingebrochen und aus derselben außer einer großen Summe baren Geldes noch ein Sparfassenbuch mit einer bedeutenden Einlage gestohlen zu haben. Er versuchte es auf die verschiedensten Arten, das gestohlene Sparfassenbuch an den Mann zu bringen. Es gelang ihm dies nur in der Weise, daß er das Sparfassenbuch unter Benutzung falscher Legitimationspapiere zum Kauf ausbot. Das Sparfassenbuch war aber bereits bei der betreffenden Kasse als gesperrt vermerkt, und als der betreffende Käufer das von ihm erworbene Buch zur Gebrauchsnahme vorlegte, wurde ihm erspact, daß dasselbe gestohlen sei. Das Buch wurde beschlagnahmt. Die hierauf angestellten Ermittlungen führten auf die Spur des Fabrikanten Kapirala. Die belastenden Momente häufte sich derart, daß die Kriminalpolizei zu seiner Verhaftung schreiten konnte. Er bestritt hartnäckig, der Dieb zu sein. Es wurde aber ermittelt, daß ein gewisser Kapirala eine mehrjährige Gefängnisstrafe wegen eines gleichen Strafdelictes erlitten hat, und die Personalien dieses Kapirala, der sich damals als Arbeiter gerierte, stimmen mit den des jetzt verhafteten K. vollständig überein. Trotzdem bestritt K., mit diesem bereits verurteilten K. identisch zu sein.

Weil sie ihren Herrgott hochleben ließ, verurteilte das Schöffengericht in Blankenburg a. S. eine Frau zu 10 Mark Geldstrafe. Sie hatte beim Ertrinkenfest die Ansprache gehalten und glaubte die Rede, in der sie Gott für den Entsetzer dankte, nicht wirksamer schätzen zu können, als durch ein kräftiges „Darum stimmt ein mit mir in den Ruf: unser Herrgott, er lebe hoch und abermals hoch und zum dritten Male hoch!“ Das Schöffengericht nahm an, daß die Frau nicht beabsichtigt habe, die Religion zu verspotten, sondern, daß es ihr mit dem Ruf völlig ernst gewesen sei, aber die unpassende Wendung habe daß auf manchen Hörsender verstimmt gewirkt, und darum sei auf eine Strafe von 10 Mk. zu erkennen.

Geheime Justiz gegen Soldatensöhne. Ein Soldatensöhne „bessere“ Sorte stand in der Person des Hauptmanns Albert Martin Paal vom 179. sächsischen Infanterie-Regiment in Döbeln vor dem Leipziger Kriegsgericht. Das öffentliche Verfahren beim Militärgericht ist zwar durch das neue Militärstrafgesetz eingeführt worden, aber das Kriegsgericht verzichtete nicht nur während der Verhandlung darauf, sondern gab auch die Urteilsbegründung hinter verschlossenen Türen. Aus dem Urteil selbst, das auf sechs Monate Festung lautete, ging so viel hervor, daß das Gericht Paal in fünf Fällen der Mißhandlung und in drei Fällen der vor schrifts widrigen Behandlung Untergeordneter, zum Teil im Dienst, für überführt ansah. Das Kriegsgericht macht von der Verhandlung hinter verschlossenen Türen so oft Gebrauch, und tut alles, um die Öffentlichkeit fernzuhalten, daß von einem öffentlichen Verfahren bald nicht mehr gesprochen werden kann. Auch hier mußte die „gefährdete Disziplin“ wieder als Grund für den Ausschluß der Öffentlichkeit herhalten.

Ein aufregendes Vorkommnis ereignete sich Nachts im Gerichtsgefängnis in Dortmund. Ein wegen Totschlags indischer Italiener wurde plötzlich tob-tüchtig. Als man die Zelle aufschloß, stürzte sich der rasende Mensch auf den inzwischen herbeigeeilten Gefängnisinspektor und versuchte, ihn über das Treppengeländer zu werfen. Schnell hinzuspringende Aufseher verhinderten ihn an der Tat. Erst den vereinten Kräften aller verfügbaren Gefangenenaufsicher gelang es, den Tobtütigen zu überwinden und ihn in seine Zelle zurückzubringen. Kurze Zeit darauf versuchte der Mann, Selbstmord zu begehen, indem er sich mit irgend einem Gegenstande den Unterleib aufschnitt, so daß die inneren Teile hervortraten. Man schaffte ihn sofort ins Krankenhaus, wo er dem Tode sehr nahe ist.

Kindesmörder. In Waltrup hat, wie aus Dortmund gemeldet wird, der 65 Jahre alte Landwirt Heinrich Heidekamp im Streit seinen 34 Jahre alten Sohn erschossen. Heidekamp war mit seinem Sohne wegen Herberaufes in Streit geraten, in dessen Verlaufe der alte Mann zum Messer griff und seinem Sohne den Unterleib aufschnitt, so daß nicht nur die Eingeweide, sondern auch der Magen bloßgelegt wurde. Nach einigen Stunden gab der Verletzte seinen Geist auf. Der Vater wurde sofort nach der Tat in Haft genommen.

Die Täter werden nicht, wie man f. B. ankündigte, eingekerkert, sondern im Gegenteil fortan in größerem Umfange zur Aufgäbe gelangen.

Ein Bürgermeister zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der frühere Bürgermeister Beberstedt aus Rodstedt (Sondershausen) fand am 19. d. Mtz. vor den

Schranken des Gerichts, weil er dem jetzigen Bürgermeister Förde, mit dem er verfeindet, eine Anzahl Obstbäume im Werte von 327 Mk. teils beschädigt, teils abgehackt hat. Das Gericht hielt nach der Beweiserhebung den Angeklagten für schuldig und verurteilte den siebenjährigen Mann zu drei Monaten Gefängnis. Auf seine alten Tage lernt er nun noch das Gefängnis kennen, und das alles nur, weil er sich an einem Feinde rächen wollte.

Oberbayerische Gemütsmenschen. Aus München schreibt man: Zwei Bauern aus der Wasserburger Gegend gerieten wegen eines Baumes in Streit. An einem schönen Matenabend kehrten sie zusammen vom Wirtschaft heim. Die Köpfe waren erhit, und es kam zu Tätlichkeiten. Dem einen Bauern kam sein Sohn zu Hilfe, und beide prügelten nun den Gegner nach allen Regeln der oberbayerischen Kunst gehörig durch. Damit nicht zufrieden, biß der Sohn den feindsnachbarlichen Gegner auch noch in die Nase. Auf welche saftige Weise ergab die Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht München II. Dort erschien der Unterlegene, Zeit seines Bauernlebens im Mittelpunkt seines Blicks verankert. Der Sohn bestritt entschieden, daß er die Nase des Gegners im M- und gehabt habe. „Aber wo Schür ne.“ Der Verletzte wurde dann vom Gerichtsvorstandem befragt, ob die Verletzung an der Nase das Werk eines Augenblicks gewesen sei, was dieser treuherzig mit den Worten verneinte: „Da, der Alte hat mir kräftig an Kopf zuck'halten, und der Junge hat mir ich' langsam und hob b' Nasen abbißen!“ Der Vater erhielt 6 Monate, der Sohn 1 Jahr Gefängnis.

Ein Staatsanwalt flüchtig. Aus Komorn in Ungarn wird gemeldet, daß von dort der 42 Jahre alte Staatsanwaltschaftsvertreter Dr. Eugen Krztonjicz seit dem 21. d. M. verschwunden ist. Er unter schlug der Orient-Religionsgesellschaft 52 000 Kronen und brante damit durch. Der ungetreue Hüter des Rechts spricht unarisch, deutsch, französisch, kroatisch und serbisch.

Unmensliche Erzieherrinnen. Der Pariser „Matin“ bricht, wie wir der „Berl. Ztg.“ entnehmen, eine geradezu ungeheuerliche und haarsträubende Seite von Mißhandlungen auf, die sich in einer „Wohltätigkeits“-Anstalt für junge Mädchen zugetragen hat. Ein Fräulein Bonjean hatte unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit eine Anzahl Asyls eingerichtet, in denen Waisen und Kinder, deren Eltern keine Gelegenheit zur Pflege haben, gegen ein kleines Entgelt untergebracht wurden. In einer dieser Anstalten zu Paris im Departement Jura, sollen sich nun jene an die Toren des Altertums erinnernden Mißhandlungen zugetragen haben. Sie kamen heraus durch ein Kind, das durchgeht bis auf die Knochen, mit nackten Füßen in den Feldern umhergelaufen und weinend aufgefunden wurde. Es wurde sofort eine amtliche Untersuchung eingeleitet, und wir

sind in der Lage, folgende geradezu entsetzlichen Einzelheiten aus den Ergebnissen dieser Untersuchung anzugeben: Doonne Hergott, 13 Jahre alt, das Kind, das aus der Anstalt in Paris entflohen ist, leidet an einer Verkrümmung der Wirbelsäule. Das Mädchen erzählt: Ich bin im vergangenen Juni in die Anstalt gebracht worden; von dem Augenblicke an fühlte ich mich unglücklich. Die Aufseherinnen sind sehr streng. Für eine Kleinigkeit bekommt man zur Strafe nur trockenes Brot, oder eine Aufseherin nimmt einen am Kopfe, hält denselben fest, während die andere mit einem Besen, Döseln oder Brenneisen zuschlägt. Weinst man, so schlagen sie noch viel mehr darauf los und reißen einem an den Haaren. Die Vorsteherinnen haben manchmal unsere Mitsüßlinge aufgefordert, uns mit Holzschuhen ins Gesicht zu werfen. Besonders Fräulein Virginia und Angelika sind äußerst böse. Die erstere sagte oft zu mir: Ich werde dich noch in das Fenster beschießen! Wir können unsere Leiden nicht nach Hause berichten, da unsere Briefe, wenn sie nicht so geschrieben sind, wie die Aufseherinnen es wollen, einfach zerissen werden. Augustine Brouille, die auf der rechten Seite gelähmt ist, wurde von den Aufseherinnen so grausam behandelt, daß sie sich vergiften wollte, um den Qualen zu entgehen. Juliette Job, 13 Jahre alt, trägt noch auf dem rechten Schenkel die Spuren von harten Stockschlägen. Einmal wurde sie 20 Minuten lang gepöckelt. Zahlreiche andere Kinder gaben gleiche Mißhandlungen in der Untersuchung an. Eugenie Lebaillies gibt an, daß Fräulein Angelika ihr ein Hund Brenneisen auf den Leib gedrückt hat, alsdann auf einer hölzernen Schaufel Kot zu essen gab. Alle Kameradinnen haben dies gesehen. In anderen Fällen wurde das bemitleidenswerte Mädchen mit kaltem Wasser übergossen und durfte dann nicht einmal die Kleidung wechseln. Louise Bozard wurde zur Bestrafung in den Schweinefall gelockt, wobei es von einem Schweine in das Gesicht gebissen wurde. Erst auf sein wahnsinniges Hülfsgeschrei hin wurde das Kind, halb tot vor Angst, herausgelassen. — Soweit die amtlichen Feststellungen. Diese Leiden der jungen Mädchen erregen selbstverständlich in Frankreich überall das gewaltigste Aufsehen. Hoffentlich werden die Bestien in Menschengestalt exemplarisch bestraft.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 28. Oktober 1904.

I. Qualität	Mk. 124-130
II. Qualität	100-112
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	85-96
Schlesw. und holst. Bauernbutter	70-75
Galitzische und ähnliche	83-86

Allgemeine Lokal- u. Strassenbahn-Gesellschaft Betriebsverwaltung Lübeck.

Wir machen bekannt, daß vom 1. November cr. an während der Wintermonate 1904/05 die Wagenfolge auf der Israelsdorfer Linie an den Wochentagen eine halbstündige sein wird.

Abfahrt vom Geibelplatz nach Israelsdorf.

7:17 Uhr	7:47 Uhr	8:17 Uhr	8:47 Uhr
9:17	9:47	10:17	10:47
11:17	11:47	12:17	12:47
1:17	1:47	2:17	2:47
3:17	3:47	4:17	4:47
5:17	5:47	6:17	6:47
7:17	7:47	8:17	

Abfahrt von Israelsdorf nach Geibelplatz.

7:22 Uhr	7:52 Uhr	8:22 Uhr	8:52 Uhr
9:22	9:52	10:22	10:52
11:22	11:52	12:22	12:52
1:22	1:52	2:22	2:52
3:22	3:52	4:22	4:52
5:22	5:52	6:22	6:52
7:22	7:52	8:22	

An den Nachmittagen der Sonn- und Festtage verkehren die Wagen auf dieser Linie von nachm. 3 bis abends 10 Uhr alle 10 Minuten.

Lübeck, den 25. Oktober 1904.

Die Betriebsverwaltung.

Täglich in allen Verkaufsstellen:

Freies Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Strackmühle.
Sonderstraße 1110

Empfang eine Sendung neuer Heringe
7 Stück 20 Pf.
Billigen Fett-Käse
C. F. Leukefeld, Lübeck I.

Fahrrad-Haus, H. A. Hill

Servicestation und Emalieranstalt, Johannisstr. 9.
Größte Reparaturwerkstatt Lübeck.
Mantel, früher 7 Mk. **Mk. 5,50**
Schläuche, früher 4 Mk. **Mk. 2,80**
Centrum Mantel, früher 10 Mk., jetzt **Mk. 8,00**
Reparatur jeder Art, volle Garantie.
Reinigung, 1 Jahr Garantie, Mk. 6.

Uhren reinigen . 1,50, Federn einsetzen . 1,50, 1 Jahr Garantie. Uhrmacher 1. Qual. O. 30. Aug. Rüttner, Lübeck, Sögestraße 23.

Öffentliche Volks-Versammlung
am Dienstag den 1. November, abends 8^{1/2} Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
Die Bedeutung der Konjungenenossenschaften für unsere Hausfrauen.
Referent: Herr H. Kaufmann-Hamburg.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Der Einberuier.

Der **Neue Welt-Kalender** für das Jahr 1905

ist soeben in bekannt guter Ausstattung erschienen:

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir besonders hervor:
Kalendarium. Postwesen. Rückblick. Preussische Landtagswahlen. Aus früheren Kämpfen. Krimmitschau. Krieg in Ostasien. U. v. a. m. Mehrere Illustrationen.

Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50
sowie deren Kolporteurs.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung ist Herr P. L. ...